

EntschlieÙung

des Bundesrates vom 23. Oktober 2025 betreffend dringende nächste Schritte nach mutmaßlichen Gewalt- und Missbrauchsfällen in SOS Kinderdörfern

angenommen anlässlich der Debatte über den EntschlieÙungsantrag der Bundesräte Mag. Daniela Gruber-Pruner, Barbara Prügl, Klemens Kofler, Simone Jagl, Mag. Dr. Julia Deutsch, Kolleginnen und Kollegen betreffend dringende nächste Schritte nach mutmaßlichen Gewalt- und Missbrauchsfällen in SOS Kinderdörfern (433/A(E)-BR/2025)

"Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Justiz, wird ersucht:

- die lückenlose Aufklärung der Vorfälle in den SOS Kinderdörfern bestmöglich zu unterstützen.

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Europa, Integration und Familie im Bundeskanzleramt, wird ersucht:

- zeitnahe einen runden Tisch einzuberufen, um gemäß der 15a-Vereinbarung über die Kinder- und Jugendhilfe gemeinsam mit den zuständigen Vertretern der Bundesländer, der ARGE Kinder- und Jugendhilfe sowie Stakeholdern der Zivilgesellschaft Lösungen zu folgenden Themen zu erarbeiten
 - o Größtmögliche Harmonisierung, Transparenz und Weiterentwicklung von Standards in der Kinder- und Jugendhilfe unter Berücksichtigung einer einheitlichen Kindeswohldefinition,
 - o Schwerpunkte im Bereich Bildung, Gesundheit, Kinderschutz, Beteiligung, Care Leaver, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) zu entwickeln,
 - o klare und ausgewiesene Beschwerdewege, die auch anonym in Anspruch genommen werden können,
 - o Prüfung der Bereitstellung von finanziellen Mitteln für bereichsübergreifende Projekte in den Bereichen psychosoziale Gesundheit, Bildung, Gewaltschutz etc.,
 - o Verbesserung der Rahmenbedingungen für das Personal."